

(A) **Heiko Maas**, Bundesminister des Auswärtigen:

Ich habe in meinem Bericht eingangs eine Vielzahl von Initiativen angesprochen, die wir bereits ergriffen haben und die wir auch weiter fortsetzen werden.

Ich will etwas zu der Frage sagen, warum wir den Atomwaffenverbotsvertrag nicht unterzeichnen. Nach unserer Auffassung ist es effektiv sinnvoller, schrittweise Abrüstungsschritte mit dem Ziel zu gehen, den Nichtverbreitungsvertrag als Eckpfeiler der nuklearen Abrüstung und der Nichtverbreitungsarchitektur zu stärken. Ein sofortiges Atomwaffenverbot ohne absolut zuverlässige Verifikationsmechanismen – daran fehlt es ganz offensichtlich – wäre diesem Ziel nach unserer Auffassung nicht zuträglich. Ein Kernwaffenverbotsvertrag, der die Kernwaffenstaaten nicht einbindet – das ist ja das Problem an dieser Stelle – und damit auch das sicherheitspolitische Umfeld nicht berücksichtigt, ist nach unserer Auffassung nicht zielführend, und deshalb sind wir diesen Schritt bisher auch nicht gegangen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Frage stellt die Kollegin Keul.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Ich knüpfe an die Frage von eben an. Wir teilen ja die Sorge um die Tendenz einer nuklearen Aufrüstung. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag trotzdem komplett ignoriert. Sie war bei der Abstimmung nicht einmal als Gast anwesend. Eine Enthaltung hätte ja immerhin ein politisches Signal sein können. Der Grund für den Atomwaffenverbotsvertrag ist ja gerade, dass es eben keine kleinen Schritte in Richtung Abrüstung mehr gibt, sondern viel mehr Schritte in Richtung Aufrüstung. Deswegen haben wir alle ein Interesse an einem auch politischen Symbol.

(B) Ich frage Sie deshalb: Welche Ausstrahlungswirkung, glauben Sie, wird der Boykott dieses Atomwaffenverbotsvertrages auf Staaten haben, die möglicherweise beabsichtigen, sich Atomwaffen anzuschaffen oder Atomwaffen herzustellen? Vor allen Dingen: Wie will die Bundesregierung jetzt, da der Vertrag in der Welt ist, weiter damit umgehen? Will sie diesen Vertrag auch zukünftig komplett ignorieren? Was ist das für ein Zeichen in die Welt?

Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:

Ich kann nur wiederholen: Ein Verbotsvertrag wird ohne Beteiligung derjenigen, die im Besitz dieser Waffen sind, nicht zur Vernichtung eines einzigen nuklearen Sprengkopfes führen.

Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:

Der Atomwaffenverbotsvertrag sieht keine Beschränkung zur Herstellung von spaltbarem Material für Waffenzwecke vor und fällt mit seinen überalterten und unzureichenden Inspektions- und Verifikationsmöglichkeiten weit hinter die aus Sicht der Bundesregierung geltenden Standards im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages zurück. Deshalb würden wir mit einem solchen Abkommen den Nichtverbreitungsvertrag eher schwächen, und das wollen wir nicht.

Vizepräsidentin Petra Pau:

(C) Die nächste Frage stellt der Abgeordnete Alexander Müller.

Alexander Müller (FDP):

Herr Minister, wir haben mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen, dass Sie beabsichtigen, den INF-Vertrag zu retten oder zumindest mit diplomatischen Aktivitäten zu unterstützen. Ich würde gerne konkret fragen: Welche Aktivitäten nimmt die Bundesregierung dafür in Angriff? Welche Pläne hat die Bundesregierung? Gibt es vielleicht auch Pläne zur Erweiterung des INF-Vertrages auf multilateraler Basis, das heißt, versucht man, Länder wie Indien, Pakistan und China hier mit hineinzunehmen, um den Vertrag noch mehr zu stärken?

Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:

Das würde ich durchaus als einen konstruktiven Weg begreifen. Wir haben insgesamt ein unmittelbares Interesse daran, dass dieser Vertrag voll und ganz eingehalten wird. Letztlich glauben wir, dass er Auswirkungen auf die Sicherheit in Europa hat. Deshalb werden wir alle uns zur Verfügung stehenden Gesprächskanäle nutzen, um für eine Bewahrung und die Einhaltung des Vertrages zu werben.

An dieser Stelle – auch das muss man sagen – ist insbesondere auch Moskau gefordert, sich auf einen ernsthaften Gesprächsprozess einzulassen und die im Raum stehenden Vorwürfe, dass nämlich der INF-Vertrag von der russischen Seite massiv verletzt wird, auszuräumen. Das ist für uns wichtig, bevor wir sozusagen den Kreis derjenigen, die sich damit befassen, erweitern wollen.

(D) Es ist für uns zentral, dass die Gespräche zur strategischen Stabilität zwischen den USA und Russland weiter stattfinden und die entsprechenden Gesprächskanäle auf beiden Seiten offen bleiben. Auch das ist kein Automatismus. Klar ist aber auch, dass diese Bereitschaft nicht unbegrenzt sein wird, sollten die Fortschritte ausbleiben. Deshalb werden wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten, die wir nicht überschätzen, aber die wir durchaus sehen, an diesen Gesprächen beteiligen und auch den Druck dort, wo es notwendig ist, aufrechterhalten.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Frage stellte die Abgeordnete Heike Hänsel.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Ja, danke schön. – Herr Minister, nun hat ja die SPD im Wahlkampf immer beteuert, dass sie das 2-Prozent-Ziel der NATO, also das Aufrüstungsziel, nicht unterstützen wird. Ihr Vorgänger im Amt, Sigmar Gabriel, hat sich auf der Münchner Sicherheitskonferenz zu diesen Aufrüstungsbestrebungen ganz kritisch geäußert. Er sagte, dass er es sich nicht vorstellen kann, dass die europäischen Nachbarstaaten mit einem 70-Milliarden-Euro-Haushalt der Bundesregierung im Rüstungs- und Militärbereich irgendwie beruhigt sein könnten.

Heike Hänsel

- (A) Meine Frage ist: Wie positionieren Sie sich jetzt als neuer SPD-Außenminister zu diesem NATO-Ziel? Im Koalitionsvertrag steht, es würde nach wie vor der NATO-Korridor der Aufrüstung verfolgt. Wie sehen Sie das Aufrüstungsziel von 2 Prozent in dieser Legislatur?

Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:

Für die Bundesregierung ist es nicht in erster Linie eine Frage der Aufrüstung, sondern eine Frage der Ausrüstung der Bundeswehr. Dass wir dort Nachholbedarf haben, ist, glaube ich, unbestreitbar. Das ist ein Thema, mit dem wir uns auch in den Haushaltsberatungen, die bald stattfinden werden, intensiv beschäftigen werden.

Für uns hat oberste Priorität, die Ausrüstung der Bundeswehr zu verbessern. Wir wollen uns nicht an Aufrüstungsspiralen beteiligen. Wir sind auch der Auffassung, dass die Korridore, die es innerhalb der NATO gibt, von uns berücksichtigt werden und dass das nicht damit gleichzusetzen ist, dass wir uns in Deutschland bei den Verteidigungsausgaben Vorwürfen, an einer Aufrüstungsspirale zu drehen, aussetzen würden.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Frage stellt der Abgeordnete Jürgen Trittin.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Herr Minister, Sie schreiben in der Koalitionsvereinbarung, Sie wollten sich für nukleare Abrüstung einsetzen. Gleichzeitig erklären Sie, Sie würden die hier stationierten taktischen Atomwaffen und deren Trägersysteme modernisieren wollen. Sie sagen hier, Sie seien gegen Proliferation von spaltbarem Material. Aber Sie sehen zu, wie eine deutsche Firma namens Urenco Material zur Produktion von Tritium liefert, um die US-Atomwaffen zu modernisieren.

Wenn ich das zusammenfasse, müsste ich das „bigott“ nennen. Aber wenn ich das, was Sie sagen, ernst nehme, dann muss ich doch die Frage stellen: Wenn Sie sich wirklich Sorgen um den INF-Vertrag machen: Sind Sie eigentlich bereit, zum Beispiel mit Russland über einen Deal zu sprechen? Also: Die NATO baut den Raketenabwehrschirm ab, und ihr, liebe Russen, unterlasst die Stationierung der Mittelstreckenraketen, die ihr vorhabt. – Das wäre doch auch im Sinne der Beidseitigkeit, die der Kollege Mützenich immer so betont, ein angemessener Deal.

Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:

Bei Deals mit Russland empfehle ich Vorsicht. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir mit Blick auf die Ziele der nuklearen Abrüstung nicht in erster Linie mit Einzelmaßnahmen, auch mit denen, die unser Land betreffen, weiterkommen werden, sondern dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten in der internationalen Gemeinschaft dafür werben und Druck machen müssen. Das tun wir – ich habe dafür viele Beispiele genannt – sowohl gegenüber den Vereinigten Staaten, weil sich dort die Dinge mit Bezug auf die veränderte Sicherheitslage im Moment verändern, als auch gegenüber Russland. In-

sofern werden wir unser Engagement in den internationalen Kontext einbetten. (C)

Mit einzelnen Deals mit anderen, glaube ich, werden wir zu keiner Lösung kommen, mit der das Ziel, das anscheinend alle verfolgen, nämlich eine Aufrüstungsspirale zu vermeiden und stattdessen tatsächlich abzurüsten, insbesondere bei den nuklearen Potenzialen, erreicht wird. Deshalb sagen wir: Wir agieren eher im internationalen Kontext und weniger mit bilateralen Initiativen, die die Sache eher erschweren würden.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich habe jetzt noch vier Wortmeldungen zum Bericht des Herrn Bundesministers und zahlreiche Fragen zu sonstigen Themen der heutigen Kabinettsitzung und sonstige Fragen an die Bundesregierung.

Sie wissen, ich kann die Zeit für die Befragung verlängern. Das geht aber auf Kosten der vereinbarten Zeit für die Fragestunde. Ich bitte also all diejenigen, die sich zu Wort gemeldet haben, für sich abzuwägen, welche Interessen sie da voranstellen.

Die nächste Frage stellt die Kollegin Sevim Dağdelen.

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Herr Minister, Sie haben gesagt, dass Sie sich für nukleare Abrüstung einsetzen wollen. Dazu kann ich mich Herrn Trittin anschließen: Zu der Modernisierung der US-Atombomben in Deutschland, die die Bundesregierung ja unterstützt, würde ich Sie gerne fragen, wie die nukleare Teilhabe Deutschlands in Zukunft aussehen soll. (D)

Das Zweite ist: Laut Koalitionsvertrag sollen die Ausgaben für Rüstung und Militär bis zum Jahr 2024 auf dem Niveau von Russland sein. Sie haben letztes Jahr schon in der Großen Koalition die Ausgaben für Rüstung und Militär um 8 Prozent auf 37 Milliarden Euro pro Jahr erhöht. Diese Ausgaben sollen jetzt weiter steigen und bis 2024 auf ungefähr 70 Milliarden Euro – der damalige SPD-Kanzlerkandidat sprach sogar von 75 Milliarden Euro – erhöht werden.

Insofern würde ich gerne wissen: Wie, glauben Sie, wird es international wahrgenommen, wenn Deutschland genauso viel Geld für Rüstung und Militär ausgibt, wie es die Russen tun?

Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:

Ob Deutschland genauso hohe Militärausgaben hat wie Russland, wage ich mal zu bezweifeln. Es wird ganz sicherlich notwendig sein, in die Bundeswehr und in die deutschen Streitkräfte zu investieren. Das ergibt sich auch aus einem Investitionsstau, den es dort seit langen Jahren gibt. Das haben wir im Koalitionsvertrag so vereinbart, und das werden wir bei den jetzt anstehenden Haushaltsberatungen auch konsequent umsetzen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Frage stellt der Kollege Mützenich.

(A) Dr. Rolf Mützenich (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Minister, Sie haben den Schwerpunkt Ihres Berichts zum Jahresabrüstungsbericht auf den nuklearen Teil gelegt und insbesondere auf multilaterale Möglichkeiten hingewiesen, gerade die nukleare Aufrüstung zu begrenzen. Sehen Sie gerade auch in der Bewerbung Deutschlands für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat eine Chance, für Abrüstung und Rüstungskontrolle in diesem wichtigen Weltgremium zu werben?

Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:

Ja, das sehe ich sehr wohl. Deshalb haben wir schon vor vielen Jahren erklärt, dass wir uns in einem Abstand von jeweils acht Jahren um einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat bewerben werden. Dass wir dazu eine entsprechende Agenda haben, ist, glaube ich, allen bekannt, und dass das Thema Abrüstung dabei einen großen Stellenwert einnimmt, ergibt sich auch aus dem Koalitionsvertrag. Aufgrund der Tatsache, dass wir uns im Moment in einer Phase der globalen Aufrüstung befinden, wäre es umso notwendiger, als ein Staat im UNO-Sicherheitsrat vertreten zu sein, der dort diese Themen noch einmal besonders prominent platzieren könnte. Das würde auch dazu führen, dass viele Dinge, die hier angesprochen oder vorgeschlagen worden sind und die die Bundesregierung als Initiative übernehmen könnte, in einem solchen Gremium an prominenter Stelle platziert würden. Deshalb würden wir uns freuen, wenn wir den nichtständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat bekommen könnten.

(B)**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Die nächste Nachfrage stellt die Kollegin Brugger.

Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Entschuldigen Sie, Herr Minister, aber ich werde jetzt ein bisschen ungeduldig. Sie haben davon gesprochen, dass die Bundesregierung eine nuklearwaffenfreie Welt will. Ich erinnere an die Ankündigungen im Koalitionsvertrag: Man will sich an der nuklearen Abrüstung beteiligen.

Sie haben gesagt, Sie hätten so viele Beispiele dafür genannt. Ich habe kein einziges gehört. Im Gegenteil: Wir vernehmen hier, dass Sie zum Atomwaffenverbotvertrag Nein sagen. Wir vernehmen, dass Sie auch zu anderen Vorschlägen hier immer Nein sagen. Es gab auch einen Bundestagsbeschluss, von dem sich die CDU/CSU, die SPD und auch die FDP verabschiedet haben. Damit wollten wir alle den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland als Beitrag zur nuklearen Abrüstung.

Deshalb die Frage: Was sind Ihre konkreten Ideen? Was will Deutschland eigentlich wirklich tun? Und sind Sie, wenn Sie schon nicht den Abzug wollen, nicht wenigstens dazu bereit, die Modernisierungspläne für diese Atomwaffen einzustellen, vor dem Hintergrund, dass

auch die USA sich an einer nuklearen Aufrüstungsspirale beteiligen? **(C)**

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:

Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie die Antworten, die ich bisher gegeben habe, nicht zufriedenstellen. Das mag mit dem Inhalt der Antworten zusammenhängen; es ändert aber nichts daran, dass wir das, was wir in unserem Koalitionsvertrag beschlossen haben, und auch die internationalen Verpflichtungen, die wir übernommen haben, in Zukunft weiterhin respektieren werden. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir nicht durch eigene, einzelne oder bilaterale Maßnahmen, durch Deals mit anderen wesentlich weiterkommen. Vielmehr wollen wir uns im Gefüge der Formate, die es gibt – vielleicht sogar auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen –, für diese Themen einsetzen. Das werden wir konsequent fortsetzen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die letzte Frage zum Bericht des Herrn Ministers stellt die Kollegin Keul. – Damit gehen wir – ich mache darauf aufmerksam – in die Verlängerung.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Maas, Sie haben nicht nur keine konkreten Schritte genannt, die die Bundesregierung gehen will. Vielmehr bezeichnen Sie jeden Ansatz und jede Initiative für einen Abrüstungsvertrag als Deal. Ich frage mich: Wie wollen Sie denn sonst Abrüstungsverträge schließen, wenn nicht mit einem Deal? **(D)**

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie des Abg. Wolfgang Kubicki [FDP])

Vor allen Dingen, mit wem, wenn nicht mit Russland? Bekanntlich muss man Abrüstung mit seinem Gegner vereinbaren und nicht mit seinen Bündnispartnern. Deswegen wundere ich mich sehr, dass Sie hier jeden Deal ablehnen, und frage mich, ob das bedeutet, dass es keinerlei Vertragsinitiativen mehr geben soll. Das finde ich doch schon sehr erstaunlich. Der Kollege Trittin hat gerade einen Vorschlag gemacht: Gehen wir ein Stück zurück und machen zuerst Vorschläge, bevor wir Missile Defense abziehen. Wir bieten den Russen an, Missile Defense zu inspizieren und sich zu vergewissern, dass dieses Raketenabwehrsystem nicht, wie die Russen behaupten, mit Tomahawk-Raketen bestückt werden kann und den INF-Vertrag nicht verletzt. Umgekehrt bekommen wir von den Russen entsprechende Inspektionsmöglichkeiten. Das wäre doch einmal eine vertrauensbildende Maßnahme. Was halten Sie davon?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Hansjörg Müller [AfD])

(A) **Heiko Maas**, Bundesminister des Auswärtigen:

Ich bleibe dabei, dass wir eine Linie verfolgen werden, die darauf setzt, dass wir uns – im Übrigen auch im Verhältnis zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – gemeinsam bewegen. Wir können nicht permanent Geschlossenheit in der Europäischen Union bei den großen politischen Herausforderungen einfordern und uns dann bei Einzelfragen bilateral committen.

(Kathrin Vogler [DIE LINKE]: Jetzt verstecken Sie sich schon hinter der Europäischen Union!)

Den Begriff des Deals habe nicht ich hier eingeführt. Ich bin mir auch nicht sicher, ob ein Deal, den Deutschland mit Russland schließen würde, nicht zu kontraproduktiven Ergebnissen etwa auf der amerikanischen Seite führen würde. Dass ein solcher Deal etwas in Bewegung bringt und dass auch die Vereinigten Staaten einer solchen Regelung folgen werden oder über bestimmte Dinge im Rahmen ihrer eigenen Nuklearstrategie erneut nachdenken, halte ich angesichts dessen, was wir gerade in den USA erleben, für nicht wahrscheinlich. Deshalb ist das für uns kein vernünftiger Weg. Wir werden uns in den Formaten bewegen, wie es bisher der Fall ist. Ich glaube, dass bilaterale Abkommen am Schluss eher kontraproduktiv sein könnten. Dieses Risiko werden wir nicht eingehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

(B) **Vizepräsidentin Petra Pau:**

Wir kommen jetzt zu dem Bereich anderer Themen der heutigen Kabinettsitzung. Zur Fragestellung hat das Wort der Abgeordnete Hansjörg Müller.

Hansjörg Müller (AfD):

Frau Präsidentin! Herr Minister, zu den Wahlen in Russland sagen Sie: Die Ergebnisse haben uns ebenso wenig überrascht wie die Bedingungen, unter denen sie zustande gekommen sind. – Ich finde das interessant. Sie haben in Deutschland durch Ihr Zensurgesetz die Meinungsfreiheit abgeschafft und belehren Russland in Sachen Demokratie. In Ihrer Antrittsrede haben Sie noch eine Schippe draufgelegt: Sie sprechen von der angeblich völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der angeblich andauernden Aggression Russlands in der Ukraine. Warum blenden Sie aus, dass dem ein völkerrechtswidriger Putsch, der vom Westen organisiert und finanziert wurde, gegen den damaligen demokratisch gewählten ukrainischen Präsidenten Janukowytsch vorangegangen ist? Mit Ihrer antirussischen Rhetorik treiben Sie uns – das möchte ich Ihnen einfach einmal sagen – in einen Krieg gegen Russland. Das liegt nicht im deutschen Interesse, Herr Minister Maas. Deswegen frage ich Sie: In welchem Auftrag handeln Sie wirklich? Ist es die Atlantik-Brücke, oder ist es der German Marshall Fund?

(Lachen bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Manfred Grund [CDU/CSU]: Was für ein Weltbild!)

Danke.

Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:

Das war keine Frage, sondern eher die Preisgabe eines etwas verquerten Weltbildes.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Ich weiß nicht, ob ich das beantworten muss. Nur so viel: Dass es sich bei der Krim um eine völkerrechtswidrige Annexion handelt, ist in der internationalen Gemeinschaft relativ unbestritten. Insofern ist es wichtig, dass wir, nachdem am vergangenen Sonntag der vierte Jahrestag dieser völkerrechtswidrigen Annexion war, das noch einmal sehr deutlich sagen, im Übrigen auch im Kreis der europäischen Außenminister.

Nun zur Wahl. Dass das Ergebnis nicht ganz überraschend gewesen ist – da bin ich nicht der Einzige, der das so empfunden hat. Es ist zudem eine Tatsache, dass bestimmte Oppositionskandidaten gar nicht zur Wahl zugelassen wurden, weil sie sich nicht mehr in Freiheit befinden. Auch die OSZE hat auf Unregelmäßigkeiten hingewiesen.

Ich finde schon, dass es auch aus Sicht der Bundesrepublik Deutschland richtig ist, darauf hinzuweisen; denn im Moment gibt es ja auch andere Dinge im Zusammenhang mit Russland. Ich erinnere an das, was in Großbritannien mit diesem Giftanschlag geschehen ist. Wir sind nicht bereit, das einfach so hinzunehmen oder so zu akzeptieren. Deshalb finde auch ich, dass in Richtung Russland gerade im Moment eine klare Sprache mehr als angesagt ist.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Frage zu anderen Themen der heutigen Kabinettsitzung stellt der Abgeordnete Leif-Erik Holm.

Leif-Erik Holm (AfD):

Frau Präsidentin! Herr Minister, durch den Einmarsch der Türkei in Syrien sind derzeit 150 000 Menschen auf der Flucht. Allein in den letzten drei Tagen sind 50 000 hinzugekommen. Zahlreiche Zivilisten sind getötet worden.

Wir haben gerade von der Krim gesprochen. Die Türkei redet hier von einer Selbstverteidigung. Man kann das aber mit guten Argumenten sicherlich auch als Angriff auf die territoriale Integrität Syriens begreifen. Bezeichnen Sie als Außenminister der neuen Bundesregierung ebenso wie die AfD-Fraktion den Einmarsch der Türkei in Syrien als völkerrechtswidrig?

Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:

Für uns haben oberste Priorität auch in diesem Zusammenhang die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der Schutz von Leib und Leben der Zivilbevölkerung in Afrin. Hierbei ist auch die Türkei in der Pflicht.

Was immer die Türkei unternimmt, muss sich im völkerrechtlichen Rahmen bewegen, und zwar im Rahmen des Erforderlichen und des Verhältnismäßigen. Dabei haben wir gerade in Anbetracht der jüngsten Entwick-

(C)

(D)